

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer-Tageblattes
und der Anzeigen für den Postverkehr
entgegen. — Erscheint werktäglich,
Sonderausgaben an Feiertagen.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer-Tageblattes
und der Anzeigen für den Postverkehr
entgegen. — Erscheint werktäglich,
Sonderausgaben an Feiertagen.

Erzgebirgische Tageszeitung Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000. Leipzig, den 18. Oktober 1932.

Nr. 245

Dienstag, den 18. Oktober 1932

27. Jahrgang

Blutige politische Zusammenstöße

Tote und Verwundete

Schüsse in Leipzig

Drei Nationalsozialisten verwundet

Leipzig, 16. Okt. Am Sonntag fanden hier zwei große Kundgebungen statt. Am Vormittag marschierte die Eisenfront auf. Im Volkshausgarten sprach vor etwa 10.000 Zuhörern Kultusminister a. D. Fleißner-Dresden. Am Nachmittag fand in der Halle 7 der Technischen Messe ein Generalappell der nationalsozialistischen EW und SA sowie der Hitlerjugend statt. Im Anschluß daran wurde in der bis auf den letzten Platz besetzten Halle eine Kundgebung veranstaltet, bei der General Stymann und Dr. Goebbels sprachen.

Bei dem Umdarm der Nationalsozialisten kam es im Stadteil Volkmarzdorf in der sechsten Stunde zu einer Schießerei. Als ein Trupp Nationalsozialisten auf dem in der Kirchstraße gelegenen Arbeiterheim vorbeizog, sollen aus dem Heim Schüsse gefallen sein. Tatsächlich wurden eine Anzahl Schüsse gewechselt. Dabei wurden drei Nationalsozialisten verwundet, einer von ihnen schwer. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Blutige Zusammenstöße in Dortmund

2 Tote, 12 Verletzte

Dortmund, 16. Okt. In den Morgenstunden kam es an zwei Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen Bettelverteilern und Kommunisten. Die Polizei mußte mit der Schußwaffe und dem Gummiknüppel die Streitenden trennen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden ein Nationalsozialist und eine unbeteiligte Frau getötet; 12 Personen, darunter ein Polizeibeamter, wurden schwer verletzt.

Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 16. Okt. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in der vergangenen Nacht im Nordwesten der Stadt zu einer Schießerei, bei der ein Kommu-

nist und ein Nationalsozialist so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Polizei beschaffte 14 Beteiligte. Mitglieder der Eisernen Front und Nationalsozialisten gerieten heute vormittag in der Schönhauser Allee in einen Wortwechsel, der in eine Schießerei ausartete. Dabei wurde ein Angehöriger der Eisernen Front leicht verletzt. Die Polizei nahm hier sechs Verhaftungen vor. Bei der Auflösung eines aus 100 uniformierten Nationalsozialisten bestehenden Demonstrationstrupps in der Gollnowstraße im Nordosten verhaftete die Polizei den Führer des Trupps und zwei Teilnehmer. In die auf der Frobenstraße befindlichen Parteidäume der Deutschen Volksgemeinschaft, einer Abspaltung von den Nationalsozialisten, drangen etwa 15 bis 20 Nationalsozialisten ein und durchsuchten Schreibräume und andere Behälter nach Belastungsmaterial. Die Beteiligten erkannten unerkannt in der Dunkelheit. Zu einem ähnlichen Vorfall kam es in einem Werkslokal des Stahlwerks. Hier drang eine größere Anzahl Nationalsozialisten ein, schlug auf einige Stahlwehmer, die sich dort noch aufhielten, ein, und demolierte verschiedene Einrichtungsgenstände. Herbeigerufenen Polizeibeamten gelang es nur unter Umwendung des Gummiknüppels, die Ruhe wieder herzustellen. Sieben Nationalsozialisten wurden zwangsgewalt und der politischen Polizei zugeführt.

Wieder politische Zusammenstöße in Altona

Altona, 15. Okt. In der Bürgerstraße haben am Freitagabend etwa 40 Kommunisten einen Straßenbahnzug der Linie 39 angehalten und die Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. Einige aussteigende Nationalsozialisten wurden mißhandelt. Zwei von ihnen trugen Kopfverletzungen davon. Einer erhielt einen Messerstich in den Rücken. Beim Erscheinen der Polizei waren die Täter bereits geflüchtet. Kurz nach Mitternacht kam es Ecke Schulmacherstraße und Schauenburger Straße zu einer Schlägerei zwischen Angehörigen der NSDAP und der SPD. Ein Reichsbannermann erhielt außer leichten Verletzungen mit einem Schulterschleim einen Messerstich in den linken Oberarm.

WHL. RM. erfahren. Dem Volumen nach ist sie um 7 1/2 Prozent, dem Wert nach jedoch nur um 3 1/2 Prozent gestiegen. Es macht sich jetzt die Preisflaute, die bisher während der Krisen- und Depressionsmonate im Sinne einer Entlastung der Handelsbilanz wirkte, in der Richtung einer preismäßigen Belastung der Handelsbilanz nachteilig bemerkbar. Da damit zu rechnen ist, daß die hauptsächlich die Ausfuhr ausmachenden Fertigwaren im Preise gundst noch weiter sinken, während die den größten Teil der Käufer bildenden Rohstoffe im Preise schon steigen, wird das deutsche Außenhandelsergebnis der nächsten Zeit von diesen Preisverhältnissen wesentlich mit abhängen.

Rechtfertigungsversuche Dr. Kleppers

Stellungnahme zu den Vorwürfen

des Untersuchungsausschusses

Berlin, 16. Oktober. Der frühere Präsident der Preussentasse und preussische Finanzminister Dr. Klepper äußerte sich heute nachmittags gegenüber Vertretern der Presse zu den Veröffentlichungen über seine Geschäftsführung. Er verteidigt die Auffassung, daß die juristische Seite vollkommen einwandfrei sei und daß er die politische und moralische Verantwortung für die ihm vorgeworfenen Maßnahmen übernehme, und zwar ganz allein. Es sei selbstverständlich, daß der Staat seine Mittel zur Unterstützung der staatspolitischen Linie verbräute, die die jeweilige Regierung verfolgte. In diesem Zweck sei aus dem Konto A die agrarpolitische Korrespondenz „Grüne Blätter“ finanziert worden. Sie habe die Aufgabe gehabt, die agrarpolitische Richtung der Preussentasse zu fördern und die zahlreichen Angriffe abzuwehren, die in jener Zeit gegen sie gerichtet wurden. Später sei noch eine andere agrarpolitische Korrespondenz unterstützt worden. Dr. Klepper bestritt entschieden, daß diese Mittel zur Beobachtung irgendwelcher politischer Bewegungen oder für ähnliche Zwecke benutzt worden seien. Daß er selbst irgendwelche persönlichen Vorteile davon gehabt habe, werde jeder, der ihn kenne, von vornherein für ausgeschlossen halten. So habe er ja auch selbstverständlich von dem Tage an, an dem er preussischer Minister wurde, auf die sehr viel höheren Bezüge aus seiner früheren Stellung verzichtet.

Zu dem 12-Millionen-Kredit erklärte Dr. Klepper, daß niemals weder mittelbar noch unmittelbar Verhandlungen mit der Stadt Köln stattgefunden haben und daß weder Reichstagsler Stellung noch der Reichstagspräsident eine Unterschrift in dieser Angelegenheit verweigert hätten. Es handelte sich lediglich um ein normales Kreditgeschäft mit der Deutschen Bank, von dem 10 Mill. RM. im Wege der Aufrechnung bereits abgedeckt seien.

Was die „Rheinische Volkzeitung“ anlangt, so habe die Staatsregierung es für notwendig gehalten, sie in dieser Weise zu unterstützen. Wenn ein Blatt von solcher Bedeutung infolge der wirtschaftlichen Lage in Schwierigkeiten gerate, so sei das natürlich ein Ausfall für die Regierung. Im Falle des „Magazin der Wirtschaft“ gab Dr. Klepper offen zu, „heringelegt“ worden zu sein. Den Kredit für Staatssekretär Wegge erklärte Dr. Klepper damit, daß eine Bank, mit der Dr. Wegge in Verbindung stand, zusammengebrochen war, jedoch er sich an eine andere Bank wenden mußte. Der Kredit sei von Dr. Wegge voll zurückgezahlt worden.

207 000 Arbeitsdienstwillige im freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 15. Okt. Nach Mitteilung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst waren am 30. September 1932 207 375 Arbeitsdienstwillige beschäftigt, also doppelt so viel wie am 1. August und die fast dreifache Zahl gegenüber den vor Erlaß der Verordnung vom 16. Juli Beschäftigten. Unter den Landesarbeitsamtsbezirken steht das Rheinland an erster Stelle. Ihm folgen Hessen und Westfalen.

Schluß der deutschen Kolonialtagung

Berlin, 16. Oktober. Zum Schluß der deutschen Kolonialtagung hielt heute abend der Deutsche Kolonialtrügerbund im großen Saal der Neuen Welt in der Hallesche ein Treffen ab, das sehr zahlreich besucht war. Für die Deutsche Kolonialgesellschaft sprach Erzellens von Lindequist, der dem hohen Vize der Kamerabschaft, die gerade in den Kolonien ausgeprägt gewesen sei, herzliche Worte widmete. General Ritter von Epp führte aus, der Wert der Kolonien liege darin, daß man sie mit deutschen Menschen besiedele und aus ihnen neues und deutsches Land mache. Kolonien könne man nicht danach abschätzen, was aus ihnen herausgeholt werden könne, sondern wie vielen Menschen sie eine Existenz gäben, die der deutsche Boden heute nicht mehr zu ernähren vermöge.

Sechs nationalsozialistische Zeitungen verboten

Berlin, 15. Okt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Westdeutscher Beobachter“ und fünf Wochen-

Neue Reden Bapens

Baderborn, 16. Oktober. In seiner Rede, die Reichskanzler von Papen heute vormittag vor Vertretern der westdeutschen Wirtschaft hielt, wies er mit Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zum vornehmsten Ziele habe, Arbeit und Brot zu schaffen. Der Kanzler stellte fest, daß eine ständige Entlastung des Arbeitsmarktes bereits eingetreten sei. Da eine Besserung jedoch nur langsam eintreten könne, habe sich der Reichsfinanzminister schon jetzt entschlossen, die monatliche Ausschüttung für die Wohlfahrtskassen an die Gemeinden im Oktober von 50 auf 80 Millionen, im November um weitere fünf Millionen zu erhöhen. Der Kanzler verteidigte weiter die Ansicht, daß die Schwereigkeiten aus der sogenannten Lohnsenkungsverordnung bereits zum größten Teil überwunden seien und betonte, daß nur die Aussicht auf eine friedliche Durchführung des Wirtschaftsplanes der Reichsregierung die Möglichkeit gebe, Arbeitslosenunterstützung und soziale Leistungen für den Winter zu erhöhen. Das Reichskabinett habe die notwendigen Beschlüsse gefaßt, die in den nächsten Tagen veröffentlicht würden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede trat der Kanzler den Gerüchten entgegen, daß die Kontingentierungspolitik die Währung gefährden würde. Eine solche Gefahr liege nicht vor. Der Reichskanzler sprach ferner die Erwartung aus, daß über das Befehlen des Stillhalteabkommens hinaus das Ausland seine nach Deutschland geliehenen Gelder konsolidieren läßt, da ein abermaliger Abzug fremder Gelder gegenwärtig nicht möglich sei. Jahre angestrengtester Arbeit und rigorosster Sparlichkeit auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft liegen vor uns, erklärte der Kanzler. Das große Werk des Wiederaufbaues erfordert das Zusammenstreben aller gutwilligen deutschen Völker. Eine starke Staatsgewalt ist dazu da, daß sie die inneren und äußeren Unsicherheitsfaktoren nach Möglichkeit beseitigt. Aus diesem Grunde haben wir den Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit aufnehmen müssen. Unser Ziel ist Wiedergeburt in ganz Europa. Auch in den inn-

ren Völkern treten wir aus einem Zustande großer Instabilität heraus. Nicht wir, fuhr der Kanzler fort, haben eine anormale Situation geschaffen, sie ist das Produkt der Verantwortungslosigkeit und Unbeständigkeit unseres deutschen Parteiwesens. Wir haben allerdings den Entschluß gefaßt, diese schleichende Krankheit abzuwenden und zu versuchen, sie schnellstens zu heilen. 18 Jahre lang hatten die Parteien Zeit, das Volk zur Disziplin und Verantwortung zu erziehen. Wer von uns ein Jurist fordert, der fordert das schärfste Experiment, das heute gemacht werden könnte.

Zum Schluß erklärte der Kanzler, daß nicht nur die „Anonymität der politischen Verantwortlichkeit“, sondern auch die „Anonymität der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit“ beseitigt werden müsse.

In seiner Dortmunder Rede am Nachmittag entwickelte der Kanzler etwa die gleichen Gedankengänge wie in Baderborn und erklärte ergänzend, daß die Reichsregierung keinerlei ungerechtfertigte Preissteigerungen zulassen werde. Beide Reden des Reichskanzlers wurden von den zahlreichen Zuhörern mit stürmischem Beifall aufgenommen. Am späten Abend begab sich der Reichskanzler nach Berlin zurück.

Ausfuhrüberschuß 84 Millionen

Der deutsche Außenhandel im September 1932

Berlin, 15. Okt. Die deutsche Handelsbilanz schließt im September 1932 mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 84 Millionen RM. gegenüber 97 Millionen im August. Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 29 Mill. RM. auf 360 Mill. RM. gestiegen. Diese Zunahme bedeutet sowohl dem Wert wie der Menge nach eine Mehreinfuhr um etwa 8 1/2 Prozent. Die eingeführten Rohstoffe, auf die 20 Mill. RM. der Mehreinfuhr entfallen, weisen zum Teil eine bedeutende Steigerung ihres durchschnittlichen Wertes auf, während das durchschnittliche Preisniveau der eingeführten Lebensmittel und Fertigwaren weiter abgesunken ist. Die Ausfuhr hat gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 16 Mill. RM. auf 444